

# FDP nominiert Attiger und lehnt das Stromgesetz ab

Der bisherige Regierungsrat Stephan Attiger wurde einstimmig erneut aufgestellt, weniger einig waren sich die Freisinnigen bei der Parolenfassung zum Mantelerlass.

Matthias Niederberger

Wahlen, Parolenfassungen, eine Nomination sowie eine kantonale Volksinitiative: Der zweite Parteitag der FDP Aargau in diesem Jahr war alles andere als eine Alibiveranstaltung. Rund 70 Parteimitglieder trafen sich am Dienstagabend im Sickinga-Festsaal in Untersiggenthal. Präsidentin Sabina Freiermuth sagte zur Begrüssung: «Wir haben ein volles Programm, ich freue mich auf gute Diskussionen.»

Doch zuerst blickte die Präsidentin zurück – und dieser Rückblick schmerzte. «Der Ausgang der AHV-Abstimmung hat mein Grundvertrauen erschüttert», sagt Freiermuth. Früher habe sich die Stimmbevölkerung selbst begrenzt, für das Gesamtwohl gedacht, doch: «Der Staat wird mehr und mehr zum Selbstbedienungsladen», sagte sie mit Bezug auf die verlorene Abstimmung über die 13. Rente. Sie hoffe, dass im Juni sowohl die Prämien-Entlastungs-Initiative als auch die Kostenbremse-Initiative abgelehnt werden.

## Jungfreisinnige kämpfen gegen «Blitzerwildwuchs»

Schon vor Beginn des offiziellen Teils wurde der Saal mit Abstimmungsplakaten geschmückt. «Blitzerabzocke stoppen!», ist auf ihnen zu lesen. Sie werben für eine kantonale Initiative der Jungfreisinnigen. Die Initiative fordert, dass Überwachungsanlagen «primär der Sicherheit und nicht dem Füllen der Staatskasse dienen». Tim Voser und Etienne Frey stellten sie vor.

«Wir hatten im Aargau eine Regel, dass wir keine fixen Blitzer aufstellen», sagte Voser. Diese Regel gelte nicht mehr. «Den Jungfreisinnigen ist das ein Dorn im Auge.» Sie fordern eine Bewilligungspflicht. Gemeinden dürften demnach nur



Freude unter Spitzenpolitikern: Stephan Attiger (Regierungsrat, links) und Thierry Burkart (Ständerat, Präsident FDP Schweiz) nach der Nomination am Parteitag. Bild: Valentin Hehli

noch fixe Blitzer aufstellen, wenn es der Sicherheit dient. Dass gerade während des Wahljahrs Unterschriften gesammelt werden, ist kein Zufall. Mit dem Thema komme man gut mit Wählern in Kontakt, sagte Frey, «und es motiviert Mitglieder.»

## Nein zum Mantelerlass, Ja zum 6-Spur-Ausbau

Nationalrat Matthias Jauslin warb für das Stromgesetz, offiziell «Mantelerlass» genannt. Wenn man von fossilen Energieträgern wegkommen möchte, müsse man mehr elektrifizieren. Ziele des Mantelerlasses seien etwa die Steigerung der inländischen Stromproduktion, die Stärkung der Versorgungssicherheit im Winter und die Erreichung des Klimaziels Netto-Null bis 2050. Gerade die Versorgungssicherheit habe für die FDP oberste Priorität: «Dieser Schritt ist notwendig», argumentierte Jauslin für das Gesetz.

Gegen die Vorlage votierten zahlreiche Anwesende, unter anderem Lukas Pfisterer. Sie sei verfassungswidrig, es brauche auch beim Bau von Grossanlagen eine Interessenabwägung. Das Gesetz hingegen stelle Energieversorgung über alles. Zudem sei es ein «grober Eingriff in die Gemeindeautonomie». Am Schluss zog Pfisterer die rote Karte – und stellte damit das Gesetz tatsächlich vom Platz: Es wurde mit 40 zu 17 Stimmen abgelehnt.

Thierry Burkart, Ständerat und Präsident der FDP Schweiz, war derweil für den 6-Spur-Ausbau der A1. Bei den Nationalstrassen gehe es um die «Hauptschlagader in unserem Strassensystem», Ausbauprogramme seien, «bitter notwendig». Der Aargau sei von den Ausbauprojekten indirekt auch betroffen, denn Stau habe einen weiträumigen Effekt. Im Gegensatz zum Stromgesetz gab es hierzu keine

Diskussion: Die Aargauer Freisinnigen sprachen sich einstimmig für die Vorlage aus.

## Stephan Attiger nominiert für Regierungsratswahl

Nach einem Ausblick von Wahlkampfleiter Peter Werder auf die bevorstehenden Grossratswahlen stand die Nomination für die Regierungswahl an. Seit 2013 sitzt Stephan Attiger in der Aargauer Regierung, im Herbst tritt er erneut an.

FDP-Präsident Thierry Burkart höchstpersönlich legte gute Worte für Attiger ein. Er sei ein Pragmatiker, ein «schlauer Politiker». Zudem könne er ganz verschiedene Ansichten in einem Kompromiss vereinen. «Wenn wir nur Politiker wie Stephan hätten, wären wir mindestens eine 30 Prozent-Partei», sagte Burkart. Das sahen die übrigen Anwesenden auch so: Sie nominierten Stephan Attiger mit viel Applaus.

# Grossrat fordert schärferes Gesetz

Harry Lütolf (Mitte) verlangt Anpassung der nationalen Einbürgerungs-Vorgaben.

Philipp Zimmermann

Das Verwaltungsgericht hat das Nein des Grossen Rats zu einer Einbürgerung gekippt. Es gab eine Kosovarin aus einem kleinen Aargauer Dorf Recht im Streit um ihre Einbürgerung. Die AZ hat das Urteil von letzter Woche publik gemacht.

Der Grosse Rat stützte sich bei seiner Ablehnung auf das Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht. Laut diesem muss ein Gesuch um Einbürgerung abgelehnt werden, wenn die Person in den drei Jahren zuvor oder während des Verfahrens von einer öffentlichen Körperschaft, einer Sozialversicherungseinrichtung oder einer Krankenkasse betrieben worden ist beziehungsweise betrieben wird.

Ein solches Ausschlusskriterium sei unzulässig, argumentierte das Verwaltungsgericht. Per Verfassung sei bei einem Einbürgerungsgesuch die umfassende und verhältnismässige Prüfung der Integration vorgeschrieben. Der entsprechende Paragraph sei also verfassungswidrig. Er verletze den Grundsatz der Verhältnismässigkeit, der in der Bundes- wie auch in der Kantonsverfassung steht. Das Verwaltungsgericht schickte das Gesuch zurück an den Grossen Rat respektive dessen Einbürgerungskommission.

## Gericht setze Wille des Gesetzgebers ausser Kraft

Nun wird Mitte-Grossrat Harry Lütolf aktiv. Er fordert in einem am Dienstag eingereichten Vorstoss eine Standesinitiative. Der Kanton Aargau soll dem Parlament in Bern einen Vorschlag machen, um das eidgenössische Bürgerrechtsgesetz so zu ändern, damit sich ein solches Urteil nicht wiederholen kann. Die Mitte hatte sich wie die SVP gegen die Einbürgerung der Kosovarin ausgesprochen, SP und



Harry Lütolf kritisiert, das Verwaltungsgericht missachte den Willen des Grossen Rats. Bild: zvg

FDP waren dafür. Das Verwaltungsgericht setze mit seinem Urteil den einschlägigen Gesetzesparagrafen «faktisch ausser Kraft und missachtet damit klar den Willen des Gesetzgebers», schreibt Lütolf in einem Vorstoss. «Dies mit einem simplen Verweis auf den Grundsatz der Verhältnismässigkeit, dem Allzweckargument gegen alle unliebsamen Entscheide der Verwaltung und Behörden.»

## Lütolf: Keine Prüfung der Verhältnismässigkeit nötig

Dabei verkenne das Gericht, dass jener Paragraph mit seiner kurzen Frist «von nur gerade drei Jahren» bereits den Grundsatz der Verhältnismässigkeit in sich wahre. «Eine Prüfung der Verhältnismässigkeit durch die Gerichte wollte der Gesetzgeber mit dieser Bestimmung bewusst ausschliessen.»

Drei Jahren nicht betrieben zu werden, könne allen, die sich einbürgern lassen wollen, zugemutet werden, meint Lütolf. Allen Einbürgerungskandidierenden «mit jeder halbwegs abenteuerlichen und rührseligen Geschichte» werde es nun gelingen, jenen Gesetzesparagrafen mit Verweis auf das Verhältnismässigkeitsprinzip auszuhebeln, befürchtet der Grossrat und Jurist aus Wohlen.

ANZEIGE

abo+ REISEN

## Faszinierendes Mexiko und Yucatán

30. November bis 15. Dezember 2024, 16 Tage  
3 Tage optionale Badeferienverlängerung

Mexiko ist die Wiege der bedeutendsten Kulturen Amerikas. Faszinierende Baudenkmäler der Mayas, Olmeken und Azteken sind in vielfacher Form bis heute erhalten geblieben. Die Kolonialstädte sind Prachtstücke geprägt von der Geschichte der spanischen Eroberung. Auf unserer Reise machen wir Sie mit dem Schönsten bekannt, was Mexiko zu bieten hat. Wir durchqueren das Hochland, reisen bis in die Ebenen von Yucatán, ans türkisblaue karibische Meer mit der Riviera Maya und erleben die Geschichte des Landes hautnah.

### Pauschalpreis

Abonnenten/-innen CHF 5420.-  
Nichtabonnenten/-innen CHF 5620.-  
Anmeldeschluss 15. August 2024

### Beratung und Buchung

Lohri Reisen, Zinggendorstrasse 1,  
6006 Luzern, Tel. 041 500 25 10

Mit abo+ sparen Sie  
CHF 200.-



Detaillierte Informationen  
zum Reiseprogramm  
finden Sie online:



Aargauer  
Zeitung

Badener  
Tagblatt

Limmattaler  
Zeitung

aargauerzeitung.ch

badenertagblatt.ch

limmattalerzeitung.ch